

IM FOKUS

DER ARBEITSMARKT BURGENLAND



THEMENMAGAZIN
DES ÖAAB BURGENLAND

AUSGABE 2015 | 1

EVENTS MIT WEITBLICK



PANNONIA TOWER HOTEL **** PARNDORF
Pannonia Straße 3, 7111 Parndorf, AUSTRIA
02166-22252-1623 • info@pannoniatower.at • www.pannoniatower.at

Vorwort



Vbgm. Michael Ulrich

Geschäftsführer ÖAAB Burgenland

michael.ulrich@oevp-burgenland.at

www.oaab-bgld.at

Der ÖAAB Burgenland ist im Vorjahr inhaltlich, organisatorisch und personell neu gestartet. Zu dieser Neuorientierung zählt auch dieses Themenmagazin, das in dieser ersten Ausgabe den Arbeitsmarkt Burgenland »Im Fokus« hat. Wir richten den Blick in die Zukunft – sowohl in unserer täglichen Arbeit für Burgenlands Arbeitnehmer und Pendler, als auch in diesem Magazin. Mit durchaus kritischen Autoren wollen wir auf wichtige Themen und Herausforderungen hinweisen, für die wir Antworten und Lösungen brauchen: ein modernes Arbeitsrecht, sicheres Handwerk mit leistungswilligen Lehrlingen und ein leistungsfreundlicheres Pensionssystem.

Entscheidend für den ÖAAB ist, dass Staat und Politik konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

setzen. Dazu hat LH-Stv. Franz Steindl rasch umsetzbare Programme entwickelt: mit dem rot-goldenen Lehrlingsplan können sofort 500 Lehrstellen geschaffen werden; mit der Job-Initiative 50Plus erhalten ältere Arbeitslose die Chance einer Beschäftigung; und mit dem Start-up Modell unterstützt Franz Steindl junge Unternehmer und stärkt Forschung, Entwicklung und Innovation.

Als ÖAAB Burgenland bekennen wir uns klar zu einem starken Wirtschaftsstandort. Unser Ziel für Burgenlands Arbeitnehmer: Einkommen zum Auskommen ermöglichen, Wirtschaft ankurbeln und damit Arbeitsplätze schaffen und sichern.

Viel Vergnügen mit unserem neuen Themenmagazin!



Impressum: ÖAAB Burgenland, Ing.-Julius-Raab-Straße 7, 7000 Eisenstadt

Für den Inhalt verantwortlich: Bernhard Hirczy

Redaktion: Michael Ulrich, michael.ulrich@oevp-burgenland.at

Layout: www.forfox.at

Druck: Druckzentrum Eisenstadt, Mattersburger Straße 23, 7000 Eisenstadt

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.

Frischer Wind und voller Einsatz

Im Burgenland wurden mit Stichtag 31.12.2014 2.690 Lehrlinge ausgebildet, davon 1.887 Burschen und 803 Mädchen. Insgesamt haben mit Jahresende 2014 817 burgenländische Betriebe Lehrlinge ausgebildet. 1.477 Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren waren Ende Februar arbeitslos gemeldet. 143 Jugendliche waren auf Lehrstellensuche, ihnen standen 59 offene Lehrstellen gegenüber.



Vbgm. Bernhard Hirczy
Landesobmann ÖAAB Burgenland
bernhard.hirczy@oevp-burgenland.at
www.oeaab-bgld.at

Politik ist Bewegung, Fortschritt und Weiterentwicklung. Dafür braucht es den Willen, die richtigen Weichen zu stellen. Dafür braucht es Mut zu Neuem.

Mut zu Neuem hat der ÖAAB Burgenland im Vorjahr mit der Schärfung des inhaltlichen Profils bewiesen. Einige Themen möchte ich als Landesobmann anreißen, bevor Sie auf den nächsten Seiten eine Analyse des Arbeitsmarktes Burgenland finden.

Erfolgreiche Betriebe schaffen Arbeitsplätze

Kompetente und engagierte Mitarbeiter sind der Schlüssel zum Erfolg. Diese Mitarbeiter sollen auch am Erfolg des Unternehmens beteiligt werden. Deshalb forciert der ÖAAB Burgenland die Idee, Mitarbeiter am Erfolg des eigenen Unternehmens teilhaben zu lassen. Die Mitarbeiterbeteiligung soll nicht nur für börsennotierte Aktiengesellschaften möglich sein. Auch Mitarbeiter in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sollen sich an ihrem Arbeitgeber (direkt oder zumindest indirekt) beteiligen können. Hier setzen wir uns dafür ein, weitere Anreize für Unternehmer und Arbeitnehmer zu schaffen.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Einkommen zum Auskommen

Der ÖAAB Burgenland hat ein positives Bild von Arbeit und arbeitenden Menschen. Arbeit bedeutet Einkommenserwerb und gesellschaftliche Teilhabe unter den richtigen Rahmenbedingungen. Zwei Faktoren sind hier entscheidend. Leistung muss sich lohnen: Das Nettoeinkommen für in voller Arbeitszeit erbrachte Leistung muss über dem Niveau der bedarfsorientierten Mindestsicherung liegen. Faktor Arbeit entlasten: Die arbeitenden Menschen in Österreich sollen weniger Steuern zahlen müssen, um mehr Freiheit zu haben, sich durch Bildung und Arbeit im Leben etwas aufzubauen. Für die arbeitenden Menschen in Österreich soll es transparent und nachvollziehbar sein, welche Steuerlast sie zu tragen haben und welche Möglichkeiten der steuerlichen Absetzbarkeit bestehen.

Handwerk sichern, Lehre aufwerten, Jugend motivieren

Dieses Thema liegt mir als ehemaliger Lehrling besonders am Herzen. Wir leben in einer Welt, wo wir vieles per Smartphone erledigen. Einige Dinge des Lebens werden wir trotz des

technologischen Fortschritts aber noch lange mit fleißigen Handwerkern erledigen müssen. Wir brauchen geeignete Fachkräfte in den klassischen Handwerksberufen und im Dienstleistungsbereich. Motivieren wir unsere Kinder wieder dazu, dass das Handwerk goldenen Boden hat. Beteiligen wir uns an diesem Prozess, indem wir gemeinsam mit der Wirtschaft auf Produkte und Dienstleistungen aus unserer Region zurückgreifen! Bieten wir den Lehrlingen dieselben Möglichkeiten wie unseren Studenten: Das beginnt bei Lehrlings-Austausch und Auslands-Aufenthalten und geht hin bis zu einem Talente-Stipendium.

Die duale Ausbildung gilt als Vorzeigemodell, dennoch sinken österreich- und burgenlandweit die Lehrlingszahlen. Ende Jänner 2015 gab es im Burgenland 2.633 Lehrlinge, das sind um 0,6% weniger als 2014. 1980 gab es im Burgenland noch mehr als 5.000 Lehrlinge. Gründe für die sinkenden Lehrlingszahlen sind unter anderem die Wirtschaftskrise, der Geburtenrückgang bei den 15-Jährigen und die Konkurrenz mit den Schulen. Aber eine hohe Maturantenquote garantiert noch lange keine hohe Wohlstandsquote im Land. Lehrlinge sind die Facharbeiter von morgen – es muss daher unser Ziel

sein, mit gezielten Maßnahmen mehr Jugendlichen den Lehrberuf schmackhaft zu machen und die Zahl der Lehrbetriebe zu steigern.

Als mittlerweile 33-Jähriger habe ich mit der Ausbildung im elterlichen Betrieb 1997 begonnen. Eine Lehre war schon damals eher uncool: die Lehrer motivierten ihre Schüler eher zu einer Ausbildung in einem Gymnasium oder Handelsakademie und viele Schulkollegen wurden von ihrem Elternhaus dann auch in diese Schulen gedrängt. Schnuppertage oder eine konkrete Berufsorientierung gab es damals nicht – darum bin ich sehr froh über den Einsatz von LH-Stv. Franz Steindl, der in diesen Bereichen konkrete Akzente setzt und Berufsinformationen in Schulen ermöglicht. Das duale Ausbildungssystem in Österreich ist international ein Vorzeigemodell. Ich konnte in meiner Lehrzeit Auslandserfahrungen sammeln, habe Spanien und spanische Betriebe kennen gelernt und mit vielen Berufskollegen unvergessliche Erlebnisse gesammelt.

Ich bin überzeugt: Handwerk hat goldenen Boden. Vom Lehrling zum Meister und vom Meister zum Unternehmer sind großartige Karrierebeispiele. Es

ist einfach schön, wenn man einen Plan oder eine Zeichnung verwirklichen kann und beim Kunden die Freude sieht, wenn das fertige Produkt ausgeliefert wird. Als ÖAAB-Landesobmann, aber vor allem als ehemaliger Lehrling, weiß ich: Kleinbetriebe sichern Arbeitsplätze! Es sind zwar nicht viele an der Anzahl pro Betrieb, dennoch sind Kleinbetriebe wesentlich resistenter gegen Krisen. Unser kleiner Familienbetrieb in Jennersdorf ernährt unsere Familie seit 55 Jahren!

Im passenden Lehrbetrieb kann ein junger Mensch viel lernen. Motivieren wir unsere Jugend zu einem Lehrberuf, anstatt nur die Maturantenquote im Auge zu haben. Die Berufswelt ist ein Abenteuer mit vielen Herausforderungen. Diesen Herausforderungen muss man sich stellen und dann kann man auch Erfolg haben.

Politik und Wirtschaft müssen ihre Anstrengungen also weiter verstärken, um den bereits vorhandenen Facharbeitermangel zu bekämpfen. Es ist wichtig, dass jeder Lehrling den seinen Talenten entsprechenden Lehrberuf und jeder Betrieb den motivierten, geeigneten und benötigten Lehrling bekommt, um den Wirtschaftsstandort Burgenland attraktiv zu halten. ■

Viel erreicht, aber auch noch viel vor



Mag. Franz Steindl
Landeshauptmann-Stv.
franz.steindl@bgld.gv.at
www.oevp-burgenland.at

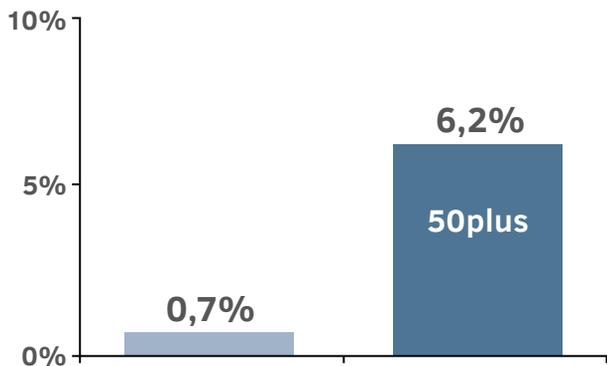
Unser Burgenland hat sich in den vergangenen Jahren erfolgreich entwickelt. Wir stehen in vielen Bereichen gut da: Die Zahl der Beschäftigten ist seit 1995 von 75.800 auf 98.500 gestiegen. Die Zahl der Unternehmen ist von 8.000 auf 17.300 gewachsen. Unser Wirtschaftswachstum war in den vergangenen Jahren doppelt so hoch wie in Rest-Österreich.

Wir haben viel erreicht, darüber können wir uns ruhig ein wenig freuen. Aber wir haben noch viel vor! Denn jetzt geht es darum, das Erreichte zu sichern und die Weichen in Richtung Zukunft zu stellen. Denn wo Licht, da auch Schatten. Für 2015 sind für das Burgenland 10.000 Arbeitslose prognostiziert. Rund ein Drittel der burgenländischen Jobsuchenden sind über 50 Jahre alt. Die Arbeitsmarkt-Situation im Burgenland ist im Vergleich zu Österreich zwar weit besser – bei älteren Arbeitnehmern ist die Lage im Burgenland problematisch (siehe Grafik). Der starke Anstieg in der Gruppe 50Plus um 6,2 Prozent lässt die Alarmglocken schrillen. Darum gilt für mich: Wer schnell und präzise hilft, hilft doppelt. Deshalb habe ich jetzt für die Gruppe der älteren Arbeitnehmer eine Initiative gestartet, um konkret zu helfen.

Herausforderung ältere Arbeitnehmer
Mein Projekt »50PlusPlus« finanziert zusammen mit dem AMS in den burgenländischen Gemeinden für sechs Monate Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer. Einzige Bedingung: Die Gemeinde behält den Arbeitnehmer noch ein (siebentes) Monat und zahlt

dieses Monat selbst die Lohnkosten. Die Vorteile liegen auf der Hand: Die Kommune erhält für sieben Monate einen zusätzlichen Mitarbeiter – zu den Lohnkosten eines Monats! Wir senken damit ganz konkret die Arbeitslosigkeit im Burgenland. Damit erfolgt eine Ankurbelung des Konsums und der Wirtschaft, da die Haushalte wieder mehr Geld zur Verfügung haben. Wir geben den Burgenländerinnen und Burgenländern für mindestens sieben Monate eine neue Aufgabe und damit neue Perspektiven!

Mehr als 30 Gemeinden haben sich bereits bei mir gemeldet. Keine Gemeinde wird ausgegrenzt, interessierte Bürgermeister können sich gerne bei der AMS-Regionalstelle oder in meinem Büro melden. Als Gemeindeferent senke ich damit die Einstiegsschwelle für Gemeinden: Wenn eine Gemeinde unter den 50Plus-Bedingungen einen Arbeitnehmer für sechs Monate einstellt, finanziere ich den Rest der Kosten. Dieses Modell soll auch für burgenländische Unternehmen umgesetzt werden – leider blockiert die SPÖ aus niederen parteipolitischen Motiven diese sinnvolle Maßnahme.



Anstieg der Arbeitslosigkeit im Burgenland Allgemein – Ältere

(Dez. 2013 auf Dez. 2014)

Quelle: AMS Burgenland

Das Projekt „50PlusPlus“ ist eine Win-Win-Win-Situation:

- 1.) Wir senken die Arbeitslosigkeit im Burgenland. Damit erfolgt eine Ankurbelung des Konsums und der Wirtschaft, da die Haushalte wieder mehr Geld zur Verfügung haben. Das AMS wird entlastet und kann sich auf die verbliebenen Arbeitslosen konzentrieren.
- 2.) Wir geben älteren Burgenländern für mindestens sieben Monate eine neue Aufgabe und damit neuen Mut und neue Perspektiven. Natürlich hoffen wir, dass die teilnehmenden Gemeinden die Anstellungsdauer verlängern und damit Impulse für Dauerarbeitsplätze gesetzt werden.
- 3.) Wir unterstützen unsere burgenländischen Gemeinden, die ohnehin eine Fülle von Aufgaben haben. Die Kommunen erhalten für sieben Monate einen zusätzlichen Mitarbeiter – zu den Lohnkosten eines Monats.

Herausforderung Berufswahl

Berufsinformation und Berufsorientierung hat für mich eine besondere Bedeutung und soll in den kommenden Jahren weiter attraktiviert und in den Schulen angeboten werden. Eignungen, Neigungen und Stärken der Jugendlichen sollen Kriterien der Berufswahl sein und nicht Trends oder der Wunsch der Eltern. Denn nach wie vor wird die Vielfalt der Lehrberufe kaum genutzt. Die jungen Mädchen und Burschen konzentrieren sich hauptsächlich auf nur zehn Lehrberufe. Hinzu kommt, dass wir mit dem demografischen Wandel in den nächsten Jahren mit einem Fachkräftemangel konfrontiert sein werden, den wir nur durch verstärkte Lehrlingsausbildung kompensieren können.

Eine Lehre ist eine Ausbildung mit Zukunft. Die Wirtschaft braucht geeignete Fachkräfte, die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule ist nach wie vor das beste Ausbildungssystem für Lehrlinge. Allerdings sinken seit Jahren die Lehrlingszahlen. Wir sind deshalb als Land Burgenland in noch höherem Maße als Lehrlingsausbilder gefordert und müssen mit gutem Beispiel voran gehen. Ich möchte daher möglichst rasch einen rot-goldenen Lehrlingsplan umsetzen, mit dem 500 Lehrplätze in den Landesbetrieben geschaffen werden sollen.

Die überbetriebliche Lehrlingsausbildung hat zwar aus guten Gründen ihre Berechtigung. Eine Ausbildung in einem Lehrbetrieb in der freien Wirtschaft kann sie aber nur kaum ersetzen. →

2014 hat das Sozialministerium das Sonderprogramm 50Plus in Auftrag gegeben. Das Programm richtet sich an ältere Arbeitsuchende, die länger als 6 Monate auf Arbeitssuche sind. Bis Ende 2016 investiert das AMS Burgenland jährlich rund 3,5 Millionen Euro in Lohnkostenzuschüsse und die Aufstockung von Arbeitsplätzen bei arbeitsmarktpolitischen Projekten. Franz Steindl finanziert über sein Ressort die Restsumme, damit burgenländische Gemeinden ältere Arbeitnehmer für sieben Monate aufnehmen – und das nur zu den Lohnkosten eines Monats.

→ Und es muss uns bewusst sein, dass sie drei Mal so teuer wie eine betriebliche Ausbildung ist. Laut Berechnungen des Instituts für Bildungsforschung kostet der überbetriebliche Lehrling mehr als 17.200 Euro pro Jahr, die betriebliche Lehrausbildung hingegen rund 5.600 Euro pro Jahr. Ich plädiere auch dafür, Lehrlinge aus der überbetrieblichen Ausbildung auf Basis des rot-goldenen Lehrlingsplanes nach einer gewissen Ausbildungsphase in landesnahe Betriebe zu übernehmen.

Über das Landesjugendreferat konnte ich mehrere Projekte im Bereich Berufsinformation umsetzen:

- 1.) Unser jüngstes Projekt ist die Internetplattform www.lehrlink.at. Das Projekt richtet sich in erster Linie an Jugendliche unter 15 Jahre, aber auch an Schulabbrecher. Sie sollen in konzentrierter Form über eine Internetplattform über die vielfältigen Möglichkeiten, Rahmenbedingungen und Karriere-Chancen einer Lehr- und Berufsausbildung informiert werden.
- 2.) Wir laden auch heuer wieder zur Wahl »Lehrling des Bezirkes« ein – die

Ausschreibung ist bereits erfolgt – im Herbst findet der »Tag der Lehre« statt und das Projekt »social net work for boys«, wo Schüler in untypische Männerberufe hineinschnuppern können, findet wieder statt.

3.) Wer seine Talente und Stärken kennt, tut sich bei der Berufswahl sicher leichter. Daher unterstütze ich das Projekt »Talente-Check« der Schülerunion. Individuelle Talente-Checks geben Aufschluss über Interessen und Neigungen – auch abseits von Noten – und helfen mit, eine Entscheidung über den geeigneten Beruf zu treffen.

Jungen Menschen möchte ich aber auch Mut machen: Ich möchte sie zu mehr Unternehmertum motivieren. Mit meiner Initiative für neue Unternehmen (Start-ups) unterstütze ich potentielle Unternehmer und stärke Forschung, Entwicklung und Innovation. Mein Ziel ist klar: Unternehmen entlasten, Wirtschaft ankurbeln und damit Arbeitsplätze schaffen – dann hat unser Burgenland auch in Zukunft weiterhin alle Chancen für einen Spitzenplatz unter Österreichs Bundesländern. ■

A large, thick yellow 'X' mark is positioned over the circular graphic.

31. Mai
Volkspartei

Voller Einsatz

für unser Burgenland

Franz Steindl

Jobs, Jobs, Jobs!

Der Arbeitsmarkt im Burgenland zeichnet sich seit längerem durch ein seltsames Phänomen aus. Wir dürfen uns einerseits über einen Beschäftigungsrekord freuen. Andererseits machen uns kontinuierlich hohe Arbeitslosenraten große Sorgen. Was ist der Grund für diese anscheinende Inkompatibilität?



Dr. Ingrid Puschautz-Meidl
Geschäftsführerin
Industriellenvereinigung Burgenland
www.iv-burgenland.at

Der »Kuchen« an Arbeitsplätzen wird nur geringfügig größer. Den Beschäftigungsrekord haben wir zum großen Teil einem Plus an Teilzeitjobs zu verdanken. Und diese wiederum entfallen fast zur Gänze auf Frauen, welche auch vermehrt auf den Arbeitsmarkt drängen. Genauso wie wir ein starkes Plus an ausländischen – hier vor allem ungarischen – Arbeitskräften verzeichnen. Und die demografische Entwicklung beschert uns weniger potentielle jugendliche Fachkräfte, dafür mehr ältere Arbeitnehmer.

Das sind die nackten Fakten.

Und wie reagieren wir jetzt darauf?

Die einen rufen »Ausländer raus«-Parolen, die anderen liebäugeln damit, Frauen wieder an den Herd zurück zu drängen. Die einen drohen mit der Bonus-Malus-Keule, wenn nicht genug ältere Arbeitnehmer beschäftigt werden. Die anderen übertreffen sich mit Lehrstellenangeboten in landesnahen Unternehmen, die jetzt auf einmal ausgeschrieben werden. Derartige Rezepte sind vielleicht da und dort populär – überhaupt in Vorwahlzeiten – aber keineswegs nachhaltig zielführend.

Aufgrund der demografischen Situation und der erhöhten Anforderungen wird die Verfügbarkeit von qualifizierten Fachkräften ein immer wichtiger werdender Schlüsselfaktor für unsere

Unternehmen. Voraussetzung dafür ist ein Bildungssystem, welches imstande ist, solche gut ausgebildeten junge Leute hervorzubringen. Auch die landesnahen Unternehmen werden bald bemerken, wie schwierig es ist, fähige Jugendliche für eine Lehre zu begeistern!

Am dringendsten fehlen Fachkräfte in der Industrie in den Bereichen Technik, Produktion sowie F&E. Diese Bereiche gelten anscheinend als nicht »sexy« genug, obwohl gerade hier tolle Karrieren und gute Gehälter zu erwarten wären. Hier rächt sich die seit langem stiefmütterlich vernachlässigte Berufsorientierung in den Schulen.

Auch unsere hohe Maturantenquote hat nicht nur Sonnenseiten. Diese jungen Menschen sind nach der Matura an den Unis und fehlen am heimischen Arbeitsmarkt. Was bleibt, ist ein überalterter Arbeitsmarkt im Land und Pflichtschulabgänger, denen vielfach die Grundvoraussetzungen für eine Industrielehre fehlen.

Was wir also dringend brauchen im Burgenland, sind qualifizierte Jobs, Jobs, Jobs! Und Menschen für diese Jobs, egal welchen Alters, die dafür so bezahlt werden, dass sie davon gut leben können.

Und wie soll das gehen?

Da das Burgenland keine Insel der Seli-

gen ist und wir von der konjunkturellen Situation unserer Exportländer abhängig sind, wird unsere Wettbewerbsfähigkeit immer stärker von der Innovationskraft der besten Hände und Köpfe abhängig werden. Unternehmen und Startups zu fördern, welche innovative Produkte und Dienstleistungen anbieten, ist also eine Investition in unser aller Wohlstand.

Wichtig wäre auch eine Vergabepaxis der öffentlichen Hand hin zu heimischen Unternehmen. Kontraproduktiv dabei ist aber das reflexartige Schielen nach Zuschlagskriterien, welche mit dem eigentlichen Abarbeiten des Auftrages aber auch schon gar nichts zu tun haben und tief in die Eigenständigkeit der Unternehmen eingreifen. Kriterien wie Qualität, Nachhaltigkeit, Service und Preis sollen ausschlaggebend sein. Überzogene soziale Kriterien wie die Anzahl der Lehrlinge oder ältere Arbeitnehmer im Betrieb sind gerade für junge Unternehmen oft weder nachvollzieh- noch erfüllbar.

Um Unternehmen die Einstellung von weiteren Mitarbeitern zu erleichtern, bedarf es einer längst überfälligen und spürbaren Senkung der Lohnnebenkosten. Insbesondere in den Bereichen Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung und Familienlastenausgleichsfond gibt es hier viel Luft nach oben. Die Ermöglichung einer

flexibleren Arbeitszeitgestaltung auf Betriebsebene ließe Aufträge dann abarbeiten, wenn sie da sind. Dabei geht es nicht um mehr, sondern um besser verteilte Arbeitsstunden.

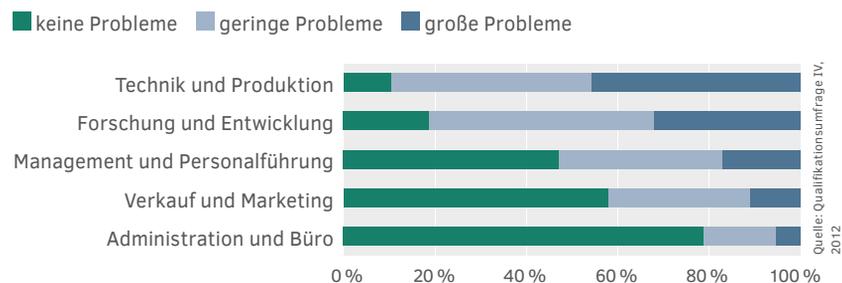
Gute Mitarbeiter aus dem Ausland anzuwerben – dort, wo sie dringend gebraucht werden, da der heimische Arbeitsmarkt ausgetrocknet ist – muss mit der Rot-Weiß-Rot Card noch praktikabler geregelt werden.

Neben der ausreichenden Qualifizierung junger Fachkräfte und einer Hinführung zu MINT-Fächern, ist eine klug gesteuerte Migrationspolitik und ältere Arbeitnehmer, die nicht bei

erst bester Gelegenheit in die Pension flüchten, ein unverzichtbarer Teil der Lösung des Fachkräftemangels und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Arbeitsmarkt im Burgenland hat Zukunft! Allerdings müssen wir die Zeichen der Zeit erkennen und sie richtig interpretieren. An den geeigneten Stellenschrauben gedreht, werden wir unseren Wohlstand auch weiter halten und genügend qualifizierte Jobs anbieten können. Ideologische Scheuklappen allerdings könnten so manche Sicht auf arbeitsmarktfördernde Impulse verstellen. ■

Rekrutierungsprobleme bei Hochqualifizierten (2012) nach Bereichen, in % der betroffenen Unternehmen



Arbeitsmarkt Burgenland weiter stärken



Dr. Hans-Jörg Schelling

Finanzminister

hans-joerg.schelling@bmf.gv.at

www.bmf.gv.at

Maßnahmen zur Konjunkturbelebung als wichtiges Signal für den burgenländischen Arbeitsmarkt

Die wenig dynamische konjunkturelle Entwicklung in Europa macht ebenso vor den heimischen Bundesländern – auch dem Burgenland – nicht halt. Gerade die Arbeitslosigkeit bleibt die Herausforderung Nummer eins obwohl die Beschäftigung in unserem östlichsten Bundesland im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Plus von 1,3 Prozent aufweist.

Impulse für Wachstum und Beschäftigung

Unser großes Ziel für die kommenden Jahre ist die nachhaltige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. In diesem Sinne kommt die nun beschlossene Steuerreform zu richtigen Zeitpunkt. Darüber hinaus haben wir ein Konjunkturpaket auf die Beine gestellt und stärken Wachstum und Beschäftigung im Ausmaß von rund 200 Millionen Euro für zusätzliche Impulse in den Arbeits- und Wirtschaftsstandort.

Im Rahmen des Konjunkturpaketes soll die Erweiterung der Forschungsprämie einen entscheidenden Beitrag

zur Stärkung und Attraktivierung des Standortes Österreich leisten. Darüber hinaus arbeiten die Experten an der Erstellung eines Finanzierungspaketes für Kleine und Mittlere Unternehmen, der Schaffung einer Möglichkeit zur Schwarmfinanzierung (Crowdfunding), der Erhöhung der steuerfreien Mitarbeiterkapitalbeteiligung von 1.460 auf 3.000 Euro pro Jahr und einer Zuzugsbegünstigung für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Forscherinnen und Forscher. Dies soll die Erreichung des Forschungs- und Entwicklung Ziels im Rahmen der EU 2020 Strategie erleichtern. Zudem sollen ab dem Jahr 2018, unter der Voraussetzung der budgetären Bedeckung, stufenweise die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Finanzielle Spielräume für eine Senkung der Lohnnebenkosten bestehen insbesondere beim Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF).

Kaufkraftstärkung durch Steuerentlastung

Im Rahmen meiner Möglichkeiten als Finanzminister möchte ich meinen Beitrag zur Belebung des Arbeitsmarktes

vor allem durch die steuerliche Entlastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie der Unternehmerinnen und Unternehmer leisten. Bei der geplanten Steuerreform stehen Entlastung und die damit verbundene Erhöhung der Kaufkraft im Vordergrund:

Durch die Senkung des Eingangsteuersatzes von 36,5 Prozent auf 25 Prozent werden alle lohn- und einkommensteuerzahlenden Personen spürbar entlastet, unabhängig davon, in welcher Progressionsstufe sie sich befinden. Anstatt der bisher drei Steuerstufen (36,5 Prozent, 43,21 Prozent und 50 Prozent) gibt es zukünftig sechs Steuerstufen. Dadurch ergibt sich eine Abflachung der Progression. Vor allem im unteren und mittleren Einkommensbereich kommt es zu einer treffsicheren Entlastung und somit zu einer Stärkung der Kaufkraft, die wiederum zu vermehrtem Konsum führt und dadurch zu Wachstum und Beschäftigung beitragen soll. Darüber hinaus werden durch die Senkung des Steuerkeils Anreize zur Aufnahme von Arbeit gesetzt, was die Beschäftigungsquote weiter anheben soll.

Auch die Arbeitnehmerabsetzbe-

träge werden um 55 Euro pro Jahr erhöht und die Sozialversicherungserstattung (bisher Negativsteuer) für Menschen mit geringeren Einkommen von derzeit maximal 110 Euro auf in Zukunft maximal 400 Euro angehoben. Dies bedeutet bei jenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die keine Steuer bezahlen, eine Gutsschrift von 50 Prozent der Sozialversicherungsbeiträge, in Maximalhöhe von 400 Euro pro Jahr (Gesamtentlastung 300 Mio. Euro).

Pensionistinnen und Pensionisten sollen von einer solchen Erstattung im Ausmaß von maximal 110 Euro pro Jahr profitieren, eine Entlastung im Umfang von 70 Mio. Euro.

Zudem sollen Selbstständige, die bei der Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft versichert sind, sowie Landwirte (Sozialversicherung der Bauern), die keine Einkommensteuer zahlen, im Bereich der jeweiligen Sozialversicherung analog mit 45 bzw. 15 Mio. Euro entlastet werden.

Zusätzlich zur Senkung des Einkommensteuertarifs soll im Sinne einer Vereinfachung des Steuersystems der

Arbeitnehmerabsetzbetrag in den Verkehrsabsetzbetrag integriert werden
Entscheidende Neuerung: Der Verkehrsabsetzbetrag soll erhöht werden und ab 2016 400 Euro betragen (der bisherige Arbeitnehmer- und Verkehrsabsetzbetrag beträgt in Summe 345 Euro). Zudem erhalten geringverdienende Pendlerinnen und Pendler eine Erhöhung des Pendlerzuschlages – der Umfang dieser Maßnahme beträgt rund 20 Mio. Euro. Gerade für das Burgenland, das als „Pendlerland“ bekannt ist, ist diese Maßnahme interessant.

Wir haben in den kommenden Jahren viel vor – neben Reformen bei der Verwaltung und den Pensionen liegen mir die geplanten Maßnahmen zur Belebung des Arbeitsstandortes Österreich besonders am Herzen. Das Burgenland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten von einem ehemaligen Ziel-1-Gebiet zu einem attraktiven Wirtschafts-, Innovations- und Arbeitsstandort entwickelt. Im Rahmen meiner Möglichkeiten werde ich alles tun, um diesen positiven Trend auch in Zukunft bestmöglich zu unterstützen. ■

Der wahre Preis von billig



Komm.-Rat Hans Peter Katzbeck
Gesellschafter der Unternehmensgruppe Katzbeck
www.katzbeck.at

Die Unternehmensgruppe Katzbeck ist seit 65 Jahren ein wichtiger Leitbetrieb im Burgenland. Am Standort in Rudersdorf beschäftigen wir mehr als 220 Menschen, wir bilden Jugendliche zu wertvollen Fachkräften aus und schätzen die Kompetenz unserer langjährigen treuen Mitarbeiter. Unsere Fenster und Türen stehen für Qualität „Made in Austria“ und erfüllen in jeder Hinsicht höchste Standards. Wir arbeiten für unsere Produkte bewusst mit heimischen Unternehmen zusammen und tragen so zur regionalen Wertschöpfung in einer Region bei, die die EU bis vor einigen Jahren noch in der höchsten EU-Förderkategorie eingestuft hat. Das Glas unserer Produkte zum Beispiel kommt aus Parndorf, das Holz zu 80 Prozent aus Österreich und wird in der Region Feldbach für unsere Verarbeitung vorbereitet, die Beschläge kommen aus Salzburg und die Farben aus Tirol.

Verdrängung mit Stundenlöhnen von 2,50 Euro

Mit dieser Art des nachhaltigen Wirtschaftens ist Katzbeck seit 65 Jahren erfolgreich. Doch zunehmend sehen wir all das massiv gefährdet. Für ein verantwortungsvoll handelndes Unternehmen wie unseres wird es schwieriger, am Markt zu bestehen. Aus den östlichen Nachbarländern kommen immer mehr Anbieter nach Österreich, die uns mit niedrigen Preisen zu verdrängen drohen. Mit Stundenlöhnen von rund 2,50 Euro sind diese Produzenten in der Lage, Preise anzubieten, von denen wir mit unseren hohen Lohnnebenkosten, arbeitsrechtlichen Bestimmungen und Umweltauflagen nicht einmal träumen können – und auch nicht träumen wollen.

Wohlgemerkt: Uns geht es nicht darum, Ängste vor unseren Nachbarn zu

schüren. Uns geht es vielmehr darum, die Konsumenten darauf aufmerksam zu machen, dass sie den „wahren“ Preis an anderer Stelle zahlen, wenn sie sich von Billigstpreisen blenden lassen: Weil die Kaufkraft nicht in der Region bleibt, sondern ins Ausland wandert. Weil Arbeitsplätze bei uns verloren gehen und die AMS-Beiträge steigen, für die wiederum wir alle aufkommen müssen. Weil heimische Ausbildungsbetriebe wie wir in Schwierigkeiten geraten und Jugendliche keine Lehrstelle mehr finden.

Öffentliche Aufträge an Best- statt Billigstbieter

Von der Politik wünschen wir uns dringend, dass sie den Wählern diese Zusammenhänge verdeutlicht und dass sie ihren Worten glaubwürdig Nachdruck verleiht und bei öffentlichen Ausschreibungen nicht Billigst-

sondern Bestbieter bevorzugt, also regionale, soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt. Außerdem ist es für die Erhaltung der Arbeitsplätze sehr wichtig, dass hochwertige Produkte, welche in der Region erzeugt werden, ausgeschlossen werden, damit die Wertschöpfung in der Region erhalten bleibt.

Derzeit ist leider das Gegenteil der Fall. Es wird billigen Produkten und Billigstpreisen der Vorzug gegeben. Die Ersparnisse daraus fließen dann durch steigende Arbeitslose an das AMS.

Diese Preispolitik führt auch dazu, dass das Steueraufkommen der Unternehmer sinkt, Investitionen nicht getätigt werden können und dadurch weitere Arbeitsplätze gefährdet sind.

Katzbeck scheut den fairen Wettbewerb nicht – wohl aber den Wettbewerb mit unfairen Mitteln, spricht mit

Scheinfirmen sowie Lohn- und Sozialdumping.

Wir tragen Verantwortung für unsere Mitarbeiter und deren Familien und handeln ökologisch bewusst. Das entspricht unseren Werten und so würden wir gerne auch in die Zukunft gehen. Daher appellieren wir: Setzen Sie sich im Sinne der burgenländischen Wirtschaft ein und unterstützen Sie uns, Arbeitsplätze, höchste Standards und die heimische Wertschöpfung zu sichern. Stärken wir die heimischen Unternehmen und steigern wir gemeinsam die Lebensqualität im Burgenland durch Einkauf in der Region. ■

Eine Region im Aufwind



Klubobmann Ing. Rudolf Strommer
ÖAAB-Bezirksobmann Neusiedl am See
rudolf.strommer@oevpklub-bgld.at
www.oevp-burgenland.at

Seit genau 20 Jahren ist Österreich ein Teil der Europäischen Union. Mit einer klaren Mehrheit von 66,6 Prozent stimmten die Österreicher im Juni 1994 für einen EU-Beitritt. Doch nirgends war die Zustimmung für einen Beitritt höher als im östlichsten Bundesland. 74,7 Prozent der Burgenländer votierten damals für einen Beitritt Österreichs. Es war der Beginn eines beispiellosen Aufholprozesses. Heute steht das Burgenland wirtschaftlich und touristisch gut da. Das Burgenland hat seine Chancen genutzt.

Als Österreich 1995 der Europäischen Union beitrug, zählte das Burgenland zu einer der schwächsten Regionen Europas. Lange Jahre lag das östlichste Bundesland am Eisernen Vorhang, die wirtschaftliche Entwicklung war schwach, Arbeitsplätze waren nur in den größeren Städten, aber vor allem in Wien, Wiener Neustadt und Graz.

Durch gezielte Fördermaßnahmen hat das Burgenland einen enormen Aufschwung erfahren. Seit 1995 wurde mehr als eine Milliarde Euro an Ziel 1-Förderungen investiert. In der Phasing-Out Periode wurden allein aus EFRE und ESF-Mitteln Investitionen von mehr als 900 Millionen Euro ausgelöst. Als Übergangsregion bis 2020 erhält das Burgenland über

70 Millionen. Die finanziellen Mittel der EU wurden gezielt investiert. Damit wurden Betriebsansiedelungen, Investition von Betrieben, Bildungsprojekte für Mitarbeiter, Wiedereinsteiger oder Umschulungen finanziert.

Mit Hilfe der EU-Förderprogramme sind im Burgenland über 13.000 Arbeitsplätze entstanden – auch im Norden des Landes. Der Bezirk Neusiedl am See ist ein Wirtschaftsstandort mit dynamischer Entwicklung. Die gute geografische Lage, die vorhandene Infrastruktur, aber auch die Verfügbarkeit und das Potential der Mitarbeiter sind ausschlaggebende Kriterien für Betriebe, sich in der Region anzusiedeln. In den vergangenen 15 Jahren sind in der Region Parndorf-Neusiedl am See rund 3.500 Arbeitsplätze in den

verschiedenen Industriebetrieben, Firmen, und Handelsunternehmen entstanden.

Die hohe Anzahl der Arbeitsplätze in unserem Bezirk ist äußerst erfreulich, denn beste Pendlerförderung ist es, Arbeitsplätze in der Nähe des Wohnortes zu schaffen und damit die Burgenländer als Arbeitskraft, aber auch die Kaufkraft in unserem Bundesland zu halten. Die Region Neusiedl am See ist eine Region im Aufwind. Damit dies weiter so bleibt, gilt es die richtigen Maßnahmen zu setzen.

Ein wichtiges Anliegen ist mir der Ausbau der Infrastruktur im Burgenland. Nicht jeder hat die Möglichkeit, seinen Arbeitsplatz im Bezirk oder im Burgenland zu haben, viele sind auch auf den PKW angewiesen, um zu ihrem Arbeitsplatz zu pendeln. Mit der Öffnung des Eisernen Vorhangs stieg auch das Verkehrsaufkommen in den Gemeinden entlang der B10. Die Situation wurde erst durch die Eröffnung der A4 entschärft. Jetzt stehen wir wieder vor eine Situation, wo das Verkehrsaufkommen einen fast unerträglichen Zustand erreicht hat.

Die A4 ist mittlerweile die wichtigste Verkehrsverbindung von Wien Richtung Osten nach Ungarn oder in die Slowakei. Durchschnittlich benutzen 90.000 Kfz pro Tag die A4 und durchschnittlich täglich rund 8.000 LKW. Die Region boomt, aber auch der Verkehr in Richtung Osten steigt immer weiter. Die Sicherheit der LKW- und Autofahrer, aber insbesondere der Pendler, die tagtäglich diese Strecke auf ihrem Arbeitsweg benützen müssen, steht auf dem Spiel, daher ist ein dreispurige Ausbau der A4 von höchster Priorität. Die kommende Sanierung ist zwar notwendig, das Geld wäre aber besser in einen raschen Ausbau investiert.

Ein weiteres Anliegen ist im Bereich der Eisenbahninfrastruktur der Bau der Schleife Götzendorf. Derzeit arbeiten rund 20.000 Beschäftigte am Flughafen Wien, 2.800 davon sind Burgenländerinnen und Burgenländer, vorwiegend aus den Bezirken Neusiedl am See und Eisenstadt. Die Parkplatzsituation vor Ort wird immer prekärer und auch die A4 ist eine der unfallträchtigsten Verkehrsverbindungen, was die Verwen-

dung von öffentlichen Verkehrsmitteln begünstigen würde. Züge von Salzburg, Linz oder Wien können bis zum Flughafen geführt werden. Man kann somit von Linz nach New York reisen mit einmal Umsteigen, aber von Neusiedl am See zum Flughafen ist es nicht möglich mit der Bahn zu kommen. Die Schleife Götzendorf würde dies ermöglichen. Lange Zeit war die Schleife Teil des Gesamtverkehrsplans des Bundes, die Umweltverträglichkeitsprüfung ist mittlerweile positiv abgeschlossen, aber nichts passiert. Ein Ausbau der Infrastruktur wäre nicht nur für die Passagiere aus dem Osten Österreichs, sondern auch für die Beschäftigten und vor allem für den Wirtschaftsraum Wien-Bratislava von hoher Wichtigkeit. Der Bau der Schleife Götzendorf wäre eine nachhaltige Investition in einer aufstrebenden Region. Wir haben im Bezirk Neusiedl am See sehr gute Voraussetzungen, die geografische Nähe zu Wien, Bratislava und Budapest, die zahlreichen Betriebsansiedlungen mit Arbeitsplätzen. Daher müssen wir auch in Zukunft alles dafür tun, um diesen Aufschwung weiter sicherzustellen. ■

Beschäftigung sichern trotz Krise

Die vergangenen Jahre waren – Stichwort: weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise – nicht nur wechselvolle, sondern auch überaus herausfordernde Jahre für die österreichische Wirtschaft und somit auch für den heimischen Arbeitsmarkt.



BM Mag.ª Johanna Mikl-Leitner
ÖAAB-Bundesobfrau
johanna.mikl-leitner@oeaab.com
www.oeaab.com

Gerade in solchen Krisenzeiten heißt es, zusammenzuhalten in der Gesellschaft und neben allen notwendigen Unterstützungsmaßnahmen für Industrie und kleine und mittlere Unternehmen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Fokus zu haben. Denn sie gehören nicht nur zu den Leistungsträgern unseres Landes, sie sind auch die Hauptleidtragenden einer Rezession. Der Erhalt von Arbeitsplätzen muss für uns oberste Priorität haben, denn Arbeit ist für die Menschen zum einen Existenzgrundlage, zum anderen auch ein wichtiges Fundament für Teilhabe und Selbstverwirklichung. Arbeitslosigkeit hingegen ist die unsozialste und teuerste Art der Krisenbewältigung.

Besorgniserregende Zahlen

Inklusive der AMS-Schulungsteilnehmerinnen und -teilnehmer waren Ende Februar 466.226 Personen auf Arbeitssuche. Mit 11,4 Prozent erreichte die Arbeitslosenquote nach heimischer Berechnung den höchsten Stand seit den 1950er-Jahren. Die Arbeitslosenzahlen steigen nun bereits seit August 2011. Es sind vor allem Ältere, Behinderte und Personen mit Migrationshintergrund, deren Chancen auf neue Stellen massiv gesunken sind. Und die Aussichten auf Besserung sind gering. Selbst im unwahrscheinlichen Fall, dass heuer die Konjunktur noch anzieht, dauert es mindestens ein halbes Jahr, bis sich der Aufschwung auf den Arbeitsmarkt auswirkt.

International bleibt Österreich weiterhin top: Die Arbeitslosenquote von

4,9 Prozent nach Eurostat-Berechnung ist nach Deutschland die zweitniedrigste in der EU. Menschen mit geringer Qualifikation haben davon freilich wenig. Sie geraten auch in Österreich als Erste ins berufliche Abseits.

Politik ist gefordert

Aufgabe der Politik ist es nun, die notwendigen Maßnahmen zu setzen, um mit strukturellen Veränderungen und einer klugen Standortpolitik, die in die Zukunft investiert, einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit und einen Verlust des Wohlstands zu verhindern.

ÖAAB setzt sich für sichere Arbeitsplätze ein

Wir wollen unser Land in einem zukunftsfähigen Zustand an unsere Kinder weitergeben. Unsere Wurzeln liegen in unserer Heimat, in unserer Kultur, in unserer Orientierung an christlich-sozialen Werten und in unseren Traditionen. Das gibt uns die Kraft für die Aufgaben der Zukunft, zur Bewältigung aller Herausforderungen, zu mutigen und verantwortungsvollen Schritten. Wir brauchen in den nächsten Jahren eine ganze Reihe von Veränderungen, damit es den Menschen in unserem Land weiterhin gut gehen kann.

Der ÖAAB versteht sich seit jeher auch als eine Denkwerkstatt, insbesondere im Bereich der ökosozialen Marktwirtschaft. Daher stehen wir für verantwortungsvolles Handeln mit Blick auf die Schwächsten in der Gesellschaft und setzen uns für Maßnahmen ein, die die Beschäftigung sichern:

1. Lehrlingsoffensive

Die duale Ausbildung in Österreich ist eine Erfolgsgeschichte. Die vielfach beschriebene Idee der „Karriere mit Lehre“ lässt sich dank unserer Lehrlingsausbildung mit entsprechendem Engagement auch in die Tat umsetzen. Rund 40 Prozent der Jugendlichen entscheiden sich in Österreich für eine Lehre. Durch den weiteren Ausbau von Lehrlings-Coachings soll die Drop-out-Quote noch weiter gesenkt werden. Zudem fordern wir 500 Euro Mindestlehrlingsentschädigung im ersten Lehrjahr.

2. Ausbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr

Alle unter 18-jährigen sollen nach Möglichkeit eine über den Pflichtschulabschluss hinausgehende Ausbildung abschließen. Denn rund 10.000 Jugendliche jedes Jahrgangs verfügen über keine weiterführende Ausbildung. Diese präventive Maßnahme soll die Chancen von bildungsbenachteiligten Jugendlichen am Arbeitsmarkt verbessern.

3. Förderung von Aus- und Weiterbildung

Ein wichtiger Schlüssel zur Reduktion von Arbeitslosigkeit ist Qualifikation. Gerade wenig Qualifizierte sind besonders häufig von Arbeitslosigkeit betroffen. Jeder zweite Arbeitslose hat weder Schul- noch Lehrabschluss. Die Unternehmen bieten allerdings immer weniger Jobs in einfachen Tätigkeiten an. Es muss dafür gesorgt werden, dass neben einer guten Schulausbildung auch ausreichende Qualifikations- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Verfügung

stehen. Je schneller sich die Arbeitswelt verändert, desto wichtiger wird die Aus- und Weiterbildung. Ausbildung endet nicht mit der Schule bzw. mit der Lehrzeit. Lebensbegleitendes Lernen muss zur Selbstverständlichkeit werden. Um das zu gewährleisten, ist es das erklärte Ziel des ÖAAB die Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung in allen Altersgruppen und die Verbesserung der Grundkompetenzen im Berufsleben zu forcieren. Es ist daher unerlässlich, die Inanspruchnahme der Bildungsteilzeit und Bildungskarenz zu fördern. Diese zwei Instrumente ermöglichen den Menschen, sich beruflich weiterzuentwickeln, noch bevor die Gefahr besteht, den Job zu verlieren. Ein Win-win-Szenario für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

4. Frauenbeschäftigung fördern

Traditionelles Rollenverhalten der Geschlechter wirkt auch im Arbeitsalltag. Es ist noch immer üblich, dass vorwiegend Frauen für die Familie und den Haushalt zuständig sind. Viele Frauen leiden unter dieser Mehrfachbelastung. Großteils wählen daher Frauen flexible Arbeitszeitmodelle, wie zum Beispiel Teilzeitarbeit, Gleitzeit, Telearbeit, Job-Sharing beziehungsweise flexible Dienstzeiten. Das muss aber nicht so sein. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie ihre Einkommenschancen müssen weiter verbessert werden. Dies erreichen wir durch den Ausbau der Kinderbetreuung, den Ausbau sozialer Dienstleistungen (z.B. im Bereich Pflege) und durch eine bessere Wiedereinsteigerinnenbetreuung bereits während der Karenz.

5. Menschen länger in Beschäftigung halten

Die Leistungspotenziale, Fähigkeiten und Bedürfnisse der Menschen verändern sich mit deren Alter. Dabei kann man aber nicht von einem altersbedingten Abbau, sondern vielmehr von einem Umbau der Leistungsfähigkeit sprechen. Arbeit sollte daher idealerweise so gestaltet sein, dass die besonderen Fähigkeiten und Bedürfnisse aller Altersgruppen berücksichtigt werden. Neben dem bereits bewährten Modell der Altersteilzeit ist die Einführung der Teilpension ein wichtiger Schritt in Richtung sicheres und stabiles Pensionssystem sowie ein wichtiges Signal, um die Menschen länger in Beschäftigung zu halten. Das Modell der Teilpension: Ab der Erreichung des gesetzlich möglichen Pensionsantrittsalters kann eine Teilpension (50 Prozent) bezogen werden, wenn die Arbeitszeit bzw. das Einkommen um zumindest 30 Prozent reduziert wird.

6. Bonus-Malus-System wiedereinführen

Um die Chancen von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am Arbeitsmarkt zu erhöhen, gilt es, das 2009 abgeschaffte Bonus-Malus-System für Unternehmen modifiziert wieder einzuführen. Mit Hilfe eines Bonus-Malus-Systems sollen Dienstgeber dazu gebracht werden, bevorzugt ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzustellen bzw. bereits im eigenen Unternehmen beschäftigte ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger schnell zu kündigen. ■

Die Lehre war für mich die richtige Entscheidung



Michelle Bauer (geb. 1997)
wohnt in Pöttelsdorf
*Lehrling im 3. Jahr
bei Obi Mattersburg*

„Über meine Zukunft habe ich mir erst im Poly Gedanken gemacht“, erzählt Michelle Bauer im Gespräch mit ÖAAB-Landesgeschäftsführer Michael Ulrich. Das Poly – also die Polytechnische Schule – war für sie das klassische Übergangsjahr, um die 9. Schulstufe „zu erledigen“. „Kurz habe ich an die Handelsschule gedacht, aber eigentlich wollte ich nie einen klassischen Bürojob. Ich mag den Kontakt mit den Menschen hier, mit den Kollegen genauso wie mit Kunden.“

Michelle Bauer ist eine von rund 2.600 Lehrlingen im Burgenland, 8 davon werden bei Obi in Mattersburg in den unterschiedlichen Abteilungen ausgebildet. „Die Lehre war für mich die richtige Entscheidung. Ich hatte früher als andere mein eigenes Geld, habe damit

mehr Lebensfreiheit und schon in jungen Jahren Berufserfahrung.“ Michelle wirkt sehr zufrieden in ihrem Beruf als Einzelhandelskauffrau, „mit der Matura hätte ich es auch nicht leichter oder besser“. In ihrem Bekanntenkreis sind Maturanten und andere Lehrlinge – ob es die eine oder die andere Gruppe besser hat kann sie nicht sagen. „Da wie dort habe ich Freunde auf Jobsuche. Ich glaube, die Zeiten werden schwieriger – eine gute Ausbildung wie eine Lehre ist da schon viel wert.“

Bereits ihr Großvater war bei der bekannten Mattersburger Unternehmerfamilie Koch beschäftigt, damals als LKW-Lenker. Darum hat Michelle Bauer auch bei Obi Koch reingeschnuppert. Genau wisse man nach so einem Reinschnuppeln natürlich auch nicht,

was einem im künftigen Job erwartet – aber hilfreich sei es schon gewesen, meint die 18-Jährige. „Wahrscheinlich war ich da wie andere in meinem Alter. In der Schulzeit habe ich nicht über das Berufsleben nachgedacht. Wir hatten aber auch keine Information über Alternativen.“ Gefragt, ob eine Berufsorientierung in der dritten Klasse von Hauptschule und Gymnasium sinnvoll wäre, reißt sie die Augen auf: „Das wäre sogar sehr gscheit!“ Berufsinformation und Berufsorientierung hat sie genauso

wenig kennen gelernt wie die Vielfalt an Lehrberufen im Burgenland.

An die Politik hat sie ansonsten keine Wünsche, eher an den eigenen Betrieb. Sie hofft, nach der Lehrzeit als fixe Mitarbeiterin angestellt zu werden und streicht die Vorteile eines echten Lehrbetriebs gegenüber einer überbetrieblichen Lehrwerkstätte hervor. „Wir lernen hier unter echten Bedingungen, mit echten Kunden und haben mit echten Problemen zu tun. Das kommt

uns sicher auch bei der künftigen Jobsuche zu Gute“, weist Michelle auf eine Bekannte hin, die nach der Ausbildung in einer Lehrwerkstätte mit der Umstellung auf das „Echte“ zu kämpfen hatte.

An andere Jugendliche kann sie abschließend einen Tipp mitgeben: „Wenn es mit der Jobsuche nicht gleich klappt – nicht aufgeben und dranbleiben. Umschauen, in Betriebe reinschnuppern und über die verschiedenen Berufe informieren hilft auf jeden Fall.“ ■



Alles im
grünen
Bereich!

Ihr Garten im Frühling!

Alles blüht, wächst und gedeiht -
bei uns ist Ihr Garten in den besten Händen!

Gartengestaltung und -pflege, Hecken- und Baumschnitt, Rasenmähen, Baumabtragung und Baumstockfräsen aber auch Hausmeistertätigkeiten, Schneeräumung und vieles mehr.

Unser qualifiziertes und verlässliches Personal erledigt für Sie alle Serviceleistungen rund um Ihr Haus und Ihren Garten.

**Damit sie alle Jahreszeiten unbesorgt
genießen können!**

Ihr Kontakt im Burgenland

T 059 060 100

E service.bgld@maschinenring.at

Überlassen wir die Zukunft nicht dem Zufall!



Dr. Norbert Schnedl
Bundsvorsitzender der FCG
Vizepräsident des ÖGB
norbert.schnedl@fcg.at
www.fcg.at

Im Frühjahr 2015 gibt es in Österreich ein alles beherrschendes Thema: Die Steuerreform! Wir sind im Jahr 2014 ganz massiv dafür eingetreten, diese Reform „auf Schiene“ zu bringen und – vielleicht noch wichtiger – ihr ein Profil zu verleihen, welches sich mit unseren christlich-sozialen Grundwerten deckt. Denn während noch beim letzten ÖGB-Kongress verschiedene „Klassenkampf-Phantasien“ – denn konkrete Modelle waren nie zu erkennen – die Runde machten und wir uns konsequent dagegen positionierten, konnten wir den Fokus im Jahr 2014 auf ein Ziel richten: Spürbare Entlastung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Pensionistinnen und Pensionisten, damit wirklich jedem/jeder mehr im „Geldbörstel“ bleibt – also eine deutliche Senkung der Lohn- und Einkommensteuer! Mit diesem klaren Signal konnten wir sowohl Bewegung in die österreichische Innenpolitik als auch in den ÖGB bringen. Jetzt liegt die Steuerreform in Form eines Ministerratsbeschlusses vor und es ist klar: Die Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im ÖGB konnten der Steuerreform ihren Stempel aufdrücken! Unsere Hauptziele sind erreicht:

- Der Eingangssteuersatz wird von 36,5 % auf 25 % sinken,
- die Steuerprogression wird deutlich gestreckt und der 50%-Steuersatz wird

erst ab einem Jahreseinkommen von 90.000 Euro greifen,

- Maßnahmen zur Entlastung von kleinen Einkommen werden umgesetzt, sodass durch die Steuerreform wirklich alle entlastet werden.

Die Entlastung wird ab Jänner 2016 greifen und eine deutliche Steigerung der Kaufkraft bewirken, und das kommt allen zugute. Wir konnten auch sicherstellen, dass die Gegenfinanzierungsmaßnahmen – soweit bekannt – so gestaltet sind, dass sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Reform nicht selbst bezahlen.

Weil 5 Milliarden Euro nicht auf der Straße liegen, wird es großer Anstrengungen bedürfen, diese Reform auch durch ein Maßnahmenbündel ausreichend zu finanzieren. Dabei verlangen wir schon seit Jahren, den Steuerbetrug wirksam zu bekämpfen und die Steueraußenstände einzutreiben. Damit dieser Vorschlag auch umgesetzt werden kann, braucht es genügend Personal in der Finanzverwaltung. Es geht darum, sicherzustellen, dass Steuerbetrug nicht toleriert wird. Auch im Bereich der Förderungen und Subventionen – man erinnere sich an die Transparenzdatenbank – zeigen sich im internationalen Vergleich große Spielräume. Dabei legen wir großen Wert darauf, die Wirtschaft als Sozialpartner zu sehen und keinen „Klassen-

kampf“ zu führen. Umso erstaunlicher sind manche Töne, die bei ersten Reaktionen zu hören waren. Es kann doch nicht ernst gemeint sein, wenn argumentiert wird, dass ganze Branchen Konkurs anmelden müssen, wenn die Steuern wirksam eingehoben werden (Stichwort „Registrierkassen“).

Wir brauchen einen „fairen Markt“! Steuergerechtigkeit muss dazu führen, dass die Ehrlichen nicht gegenüber den Unehrliehen das Nachsehen haben. Deswegen ist dieser Schwerpunkt bei der Gegenfinanzierung völlig richtig gesetzt! Im Sinne unserer „Ökosozialen Marktwirtschaft“ ist eine Balance zwischen Gewinnstreben, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Vernunft notwendig denn je. Wenn wir dauerhaft sozialen Frieden sicherstellen wollen, muss wirtschaftliches Handeln dazu führen, dass alle Mitglieder der Gesellschaft davon profitieren. Die Betonung liegt auf „wirklich alle“!

Damit ist das eigentliche Zukunftsthema angesprochen. Unsere Wirtschaft funktioniert seit einigen Jahrzehnten immer stärker in weltweiten Zusammenhängen, also globalisiert. Das bedeutet, dass wir in Konkurrenz zu allen Ländern dieser Welt stehen. Wir alle sind deshalb als Konsumentinnen und Konsumenten besonders gefordert, bewusst einzukaufen. Wir entscheiden mit unserem Kauf-

verhalten, ob wir hohe Sozialstandards und Einkommen für die Zukunft sichern wollen oder nicht. Und uns muss klar sein, dass wir mit Ländern, die keine Sozialstandards haben und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausbeuten, nicht konkurrieren können. Das bedeutet, wenn ich z.B. schon hochpreisige Socken kaufen will, so ist es doch allemal besser, wenn ich zu Falke-Socken greife, die in Deutschland produziert werden und wo die Firmenphilosophie so ausgelegt ist, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ordentlich bezahlt werden und einen dauerhaften Arbeitsplatz haben. Da brauch ich keine Socken einer hippen Marke, die in Bangladesch produzieren lässt und den Gewinn über das Ausbeuten von Menschen erzielt. Diese Verantwortung liegt bei uns allen. Wir können nicht von Unternehmen soziale Verantwortung einfordern und dann die so hergestellten Produkte nicht kaufen. Wir haben – besonders in Hinblick auf die jüngeren Generationen – enorme Verantwortung und müssen diese als Konsumentinnen und Konsumenten auch wahrnehmen.

Eine weitere große Herausforderung ist die zunehmende Digitalisierung fast aller Lebensbereiche. Hier liegen große Chancen, aber auch große Risiken.

Wenn Firmen über das Internet mit völlig neuen Geschäftsmodellen schnell

es Geld machen wollen, ist Vorsicht angebracht, denn dies geschieht oft an allen gesetzlichen und steuerlichen Regelungen vorbei. Was auf den ersten Blick besonders billig erscheint, kann oft im Nachhinein sehr teuer werden. Oder wollen sie in einen Unfall verwickelt sein, nur weil ein Taxilenker ohne jede Regelung und Kontrolle und ohne Pause seit 20 Stunden unterwegs ist, keine Konzession hat und ohne jede Zusatzausbildung seine Dienste über eine Internethomepage anbietet?

Die Welt ist im 21. Jahrhundert – nicht zuletzt durch den Umstand, dass Internet, Google und soziale Netzwerke zu einem fixen Bestandteil unserer Lebenswelt geworden sind – dramatischen Änderungen unterworfen. Unsere Arbeitswelt ändert sich in rasantem Tempo. Aber wenn wir nicht wie blinde Passagiere eines Bootes im Wildwasserstrudel versinken wollen, müssen wir das Steuerruder in die Hand nehmen. Digitalisierung muss unter Einhaltung von datenschutzrechtlichen Grundstandards so erfolgen, dass bestimmte sanktionierbare Regeln greifen. Die Arbeitswelt muss für unsere Jugend berechenbare Perspektiven und Sicherheiten bieten! Es wird ein harter Kampf werden, das zu erreichen und es wird nicht leicht werden, aber es lohnt sich, die Zukunft nicht dem Zufall überlassen! ■

Mehr Leistungsgerechtigkeit für ältere Arbeitnehmer



Dr. Dietmar Halper

Direktor Politische Akademie der ÖVP
ÖAAB-Bezirksobmann Mattersburg
d.halper@polak.at
www.PolAk.at

Unsere Gesellschaft im Allgemeinen und die Arbeitswelt im Speziellen sind im Umbruch. Wir werden älter und bleiben dabei fitter und gesünder. Die Rechnung ist ganz einfach: Wenn das Pensionssystem nicht vollständig kollabieren soll, werden wir auch länger im Erwerbsleben bleiben müssen. Dabei ist ein sozialer, gerechter Umgang mit älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern genauso unerlässlich wie die Gestaltung altersgerechter Arbeitsplätze.

45- bis 64-Jährige sind in wenigen Jahren die größte Altersgruppe am Arbeitsmarkt. Wir haben den Beschäftigten der Generation 50Plus aufgrund ihrer jahrelangen Arbeit und ihres Beitrags für unser Sozialsystem viel zu verdanken. Sie sind durch ihr Wissen und ihre Erfahrung in den Betrieben unverzichtbar. Leider ist in vielen (staatlichen und nicht-staatlichen) Betrieben das Denken verankert, dass Menschen durchschnittlich mit Mitte 50 in Pension gehen. Das bedeutet aber enormen Wissens- und Erfahrungsverlust für die Wirtschaft.

Menschen länger in Beschäftigung halten

Im internationalen Vergleich liegt Österreich bei der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer und beim Pensionsantrittsalter unter dem Durchschnitt. Auch deshalb müssen dringend Maßnahmen gesetzt werden, um hier gegenzusteuern. Unseren Seniorin-

nen und Senioren haben wir viel zu verdanken, wir wollen ihnen deshalb ein selbstbestimmtes Leben aber auch aktive Teilhabe und ein sicheres Einkommen garantieren. Die langfristige Sicherung unseres Pensionssystems und der Pensionen wird nur gelingen, wenn die Vorhaben des aktuellen Regierungsprogramms auch umgesetzt werden. Ein verbindlicher Pfad bringt die Steigerung des faktischen Pensionsantrittsalters bis 2018 auf über 60 Jahre. Erstmals soll damit das Pensionsalter schneller als die Lebenserwartung steigen. Ein dringend notwendiger Schritt ist die für 2016 geplante gesetzliche Verankerung des Pensionsmonitorings: die halbjährliche Überprüfung der gesetzten Maßnahmen ist bisher ausständig. Aber nur dann kann es auch realistisch zu einer Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters und konkreten Schritten bei Nichterreichung kommen.

Unser Pensionssystem muss aber nicht nur gesichert, sondern auch leistungsfreundlicher werden. Als ÖAAB treiben wir seit Jahren die Möglichkeit einer freiwilligen Teilpension voran. Dieses Modell ermöglicht ein höheres Einkommen und entschärft die Zuverdienst-Problematik – im März 2015 hat sich die Bundesregierung auf eine Einführung geeinigt. Kurz umrissen: die wöchentliche Arbeitszeit kann um 40 bis 60 Prozent reduziert werden, sobald die Anspruchsvoraussetzungen für die Korridorpension erfüllt sind. Wenn ein

62-jähriger Arbeitnehmer beispielsweise seine Arbeitszeit um 50 Prozent reduziert, erhält er trotzdem 75 Prozent seines Gehalts. Die für den Arbeitgeber entstehenden Mehrkosten werden vom Staat übernommen und erfahrene Facharbeiter stehen den Betrieben weiter zur Verfügung. Somit wird das Pensionssystem an die Lebensrealität der Menschen angepasst – eine Win-Win-Situation für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Teilpension ist für uns als ÖAAB ein wichtiger Schritt in Richtung sicheres und stabiles Pensionssystem sowie ein wich-

tiges Signal, um die Menschen länger in Beschäftigung zu halten.

Land Burgenland unterstützt ältere Arbeitnehmer

Mit konkreten Initiativen wird auch am Arbeitsmarkt Burgenland dafür gesorgt, dass ältere Arbeitnehmer länger am Erwerbsleben teilnehmen können. LH-Stv. Franz Steindl unterstützt mit einer Job-Initiative Arbeitnehmer über 50 Jahre und burgenländische Gemeinden: Wer einen Mitarbeiter im Alter 50Plus nach AMS-Bedingungen anstellt, erhält vom Ressort

Steindl die weitere Finanzierung. Es ist ganz einfach: Die Gemeinden erhalten für sieben Monate einen zusätzlichen Mitarbeiter – zu den Lohnkosten eines Monats. Damit wird die Arbeitslosigkeit im Burgenland gesenkt, ältere Arbeitslose können ihr Know-how in Gemeinden einbringen.

Unbestritten ist: ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind ein wesentliches Kapital für Betriebe. Wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber diesen Vorteil erkennen, profitiert davon auch unser Pensionssystem. ■

**Raiffeisen
Meine Bank**



Nur eine Bank

ist meine Bank.

bgld.raiffeisen.at

Burgenland – ein einzigartiger *Wirtschaftsstandort*

Die Wirtschaft Burgenland GmbH bietet Ihnen bei Betriebsansiedlungen, Förderungen, Risikokapital und sonstigen Wirtschaftsdienstleistungen umfassendes Know-How bei der Realisierung Ihrer Projekte an.

Unsere Standortvorteile:

- > Attraktive Fördermöglichkeiten
- > Hochwertige Wirtschaftsparks & Technologiezentren
- > Risikokapital für KMU
- > Top Lage an der Grenze zur Slowakei, zu Ungarn und Slowenien
- > Ausgezeichnete Tourismusangebote
- > Hohe Lebensqualität



Kontakt: Wirtschaft Burgenland GmbH – WiBuG
Technologiezentrum
Marktstraße 3 · 7000 Eisenstadt
Tel.: +43 (0) 5 9010-210
E-Mail: office@wirtschaft-burgenland.at

St. Martins Therme & Lodge



Wirtschaftspark Neusiedl am See/Parndorf



Wirtschaftskraft durch
Partnerschaft im Burgenland

Voller Einsatz für unser Burgenland

